

Verantwortlicher Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nebenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Gehaltsregelung nach Dienstaltersklassen für die richterlichen Beamten.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Richtergehälter und die Ernennung der Gerichtsassessoren, welcher dem Landtage unverzüglich zugehen wird, bezweckt die Einführung des Dienstaltersklassensystems als für die Befestigung der richterlichen Beamten. Die neue Gehaltsordnung kommt bei den Richtern nicht, wie bei den übrigen Beamten, durch den Staatshaushaltsplan eingeführt werden, weil die für die Bestimmung des Dienstalters gegenwärtig maßgebende königliche Verordnung nur im Wege des Gesetzes abgeändert werden darf. Der neue Gesetzentwurf enthält lediglich Normen in Bezug auf die Festsetzung des Dienstalters; im Falle seines Zustandekommens ist die Durchführung des neuen Systems durch den Staatshaushaltsplan für 1897-98 in Aussicht genommen. Was die Höhe der Gehälter und der einzelnen Zulagen, sowie die Dauer des Verweilens auf den einzelnen Stufen anlangt, so sind die Absichten der Staatsregierung in dieser Hinsicht in einer der Begründung beigegebenen Denkschrift näher entwickelt mit dem Hinweis, daß der dort mitgetheilte demnach der Eatsaufstellung zu Grunde zu legende Plan wesentliche Verbesserungen des Gehaltensystems sei. Ueber den Nutzen des neuen Gehaltensystems bemerkt die Begründung, daß die Gehaltsregelung nach Dienstaltersklassen, abgesehen von ihren allgemeinen Vorteilen, für die Justizverwaltung besonders erwünscht sei, weil die provisorische Befestigung der Beamten und Richter der weitgehenden Verschiebung in den Dienstaltersklassen gleichzeitiger Richter in den einzelnen Dienstaltersklassen mit sich führen, und weil der Eintritt einer Gehaltsverminderung bei Beförderung eines älteren Landes- oder Amtsgerichtsraths zum Oberlandesgerichtsrath oder zum Landgerichtsdirektor sich nur bei diesem System vermeiden lasse. Auch ist darauf hingewiesen, daß die starke Richterüberführung in den letzten Jahren bei Beibehaltung des jetzigen Gehaltensystems demnach ein Stöden in der weiteren Vertheilung von Gehaltszulagen zur Folge haben werde. Der Gesetzentwurf bestimmt als Anfangspunkt der Dienstaltersberechnung in jeder Gehaltsklasse den Tag der Anstellung in einem dazu gehörenden Amte, d. h. den Tag, von dem ab der Angestellte das Dienstverhältnis der Stelle zu beziehen hat. Während diese Vorschrift für die oberen Stellen des höheren Justizdienstes eine wesentliche Aenderung des geltenden Rechtszustandes nicht zur Folge haben wird, bedeutet sie eine erhebliche Abmilderung von den gegenwärtigen Vorschriften für die Landrichter, Amtsrichter und Staatsanwälte, deren Dienstalter sich zur Zeit nach der Ablegung der großen Staatsprüfung bestimmt. In der Begründung ist eingehend dargelegt, daß eine solche Väterung mit dem Dienstaltersklassensystem unvereinbar sei. Als Uebergangsbestimmung wird vorgeschlagen, daß den gegenwärtig angestellten Richtern, wenn sie später als vier Jahre nach der Abschlußprüfung angestellt sind, der vier Jahre übergreifende Teil der Dienstzeit als Assessor angerechnet werden soll; ein gleicher Vortheil soll den beim Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen und den innerhalb der zwei folgenden Jahre ernannten Gerichtsassessoren zu Theil werden. Im Falle der Beförderung eines Landes- oder Amtsrichters zum Oberlandesgerichtsrath oder Landgerichtsdirektor soll der Ernennung, wenn er schon ein dem Mindestgehalt der neuen Stelle gleiches oder höheres Gehalt bezog, mit diesem Gehalte in die neue Klasse eintreten und unter bestimmten Voraussetzungen auch die nächste Gehaltsstufe so erhalten, als hätte er schon früher der neuen Gehaltsklasse angehört. Diese Berechnung soll auch auf alle bereits früher mit Gehaltsverlust oder doch ohne Gehaltsverbesserung angestellten Oberlandesgerichtsräthe und Landgerichtsdirektoren ausgedehnt werden.

Die Vorschriften über Anrechnung anderer Dienstzeiten mit königlicher Genehmigung sowie über die Erlangung eines Rechtsanwalts auf die Gehaltszulagen sind im Wesentlichen unverändert geblieben. Das nach den Vorschriften des Entwurfs bestimmte Befestigungsdiensalter soll lediglich für den Gehaltsbezug, nicht auch in anderen Beziehungen (z. B. Befreiung von der Abrechnung, Vertretung u. dergl.) maßgebend sein. Die vorstehenden Vorschriften stimmen mit den allgemeinen für die höheren Beamten geltenden Dienstaltersnormen überein und sollen im Verwaltungswesen auch auf die höheren Beamten der Staatsverwaltung ausgedehnt werden. Selbstverständlich und daher nicht besonders ausgesprochen ist, daß jedem Beamten das von ihm zur Zeit bezogene Gehalt belassen wird, daß ihm aber eine Gehaltszulage erst von da ab vertriehen wird, wo er nach dem neuen Gehaltensystem darauf Anspruch erlangt. Durch die Befestigung der bisherigen Gehälter werden vorübergehende nicht unbeträchtliche Mehrbeträge über den Normalbedarf hinaus erforderlich werden. Die veränderte Bedeutung der ersten Anstellung als Landes- oder Amtsrichter wird zur Folge haben, daß der Justizminister bei Vorschlägen zu Ernennungen auf das Dienstalter als Gerichtsassessor mehr Rücksicht nehmen muß, als bisher. Eine solche Rücksicht würde unüberführbar sein, wenn nach wie vor sämtliche Referendare nach der Prüfung zu Gerichtsassessoren ernannt würden und sämtliche nicht aus dem Justizdienst ausgetretene Gerichtsassessoren demnach eine Anstellung erhielten. Der Entwurf steht daher eine — übrigens jetzt schon rechtlich zulässige, und nur faktisch nicht ausbleibende — Beschränkung in der Ernennung von Gerichtsassessoren vor und bestimmt, daß die Ernennung fortan nur nach Maßgabe des für den höheren Justizdienst bestehenden Bedarfs stattfindet. Die Referendare, welche die große Staatsprüfung bestanden haben, aber nicht zu Gerichtsassessoren ernannt werden, erhalten ein Zeugnis über das Bestehen der Prüfung und scheiden mit der Aufstellung dieses Zeugnisses aus dem Justizdienst aus; sie sind befugt, die Bezeichnung als Assessor zu führen. Die Begründung, welche diese Vorschrift als die unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung der neuen Gehaltsordnung bezeichnet, weist auch auf ihre weiteren mittelbaren Vortheile hin, so auf die Fernhaltung zwar wissenschaftlich befähigter, aber

persönlich (nach Lebenserfahrung, Takt, Umsicht und Unabhängigkeit) nicht geeigneter Elemente und auf die Beschränkung der überhöhen noch im Wachen begriffenen Zahl der Gerichtsassessoren, sowie auf die daraus sich ergebende Möglichkeit früherer Anstellung der Gerichtsassessoren. Auf die Referendare, welche innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die große Staatsprüfung bestanden, soll die Beschränkung keine Anwendung finden. Der Gehaltsplan beruht, entsprechend der gleichen Regelung bei den anderen Beamten, auf den Grundätzen, daß 1. Höchste- und Mindestbetrag der Gehälter für die einzelnen Arten von Richterstellen dieselben bleiben wie bisher; 2. die Dienstalterszulagen in dreijährigen Zwischenräumen vertheilt werden; 3. die einzelnen Gehaltsstufen so bemessen sind, daß das Höchstegehalt in etwa derselben Zeit erreicht wird, wie es bisher durchschnittlich der Fall war; 4. der Gesamtanfang nach Fortfall der während der Leberungszeit, wie erwähnt, zu gewährenden Mehrbeträge auf etwa denselben Betrag wie jetzt zu berechnen ist. Bei der späteren allgemeinen Gehaltsaufbesserung für die höheren Beamten soll, wie die Begründung hervorhebt, eine Erhöhung der Mindestgehälter für die Landes- und Amtsrichter in erster Reihe in Erwägung gezogen werden.

Es sind im Ganzen vier Gehaltsklassen in Aussicht genommen:

1. Senatspräsidenten, Oberstaatsanwälte (einschließlich des ersten Staatsanwalts bei dem Landgericht 1 in Berlin), Landgerichtspräsidenten und Präsidenten des Amtsgerichts 1 in Berlin. Gehalt: 7500 bis 9900 Mark; vier Zulagen zu 600 Mark. Erreichung des Höchstgehalts in 12 Jahren.
2. Oberlandesgerichtsräthe, Landgerichtsdirektoren, erste Staatsanwälte. Gehalt: 4800 bis 6600 Mark; die zwei ersten Zulagen zu 500 Mark, die zwei späteren zu 400 Mark. Erreichung des Höchstgehalts in 12 Jahren.
3. Landes- und Amtsrichter. Gehalt 2400 bis 6000 Mark; die zwei ersten Zulagen zu 600 Mark, die sechs späteren Zulagen zu 400 Mark. Erreichung des Höchstgehalts in 24 Jahren.
4. Staatsanwälte. Gehalt 2400 bis 4800 Mark; vier Zulagen zu 600 Mark. Erreichung des Höchstgehalts in 12 Jahren. Zu 3. und 4. ist zu beachten, daß das Befestigungsdiensalter nicht mehr von der Prüfung, sondern von der ersten Anstellung berechnet wird, jedoch mit der schon oben erwähnten Maßgabe für die bereits angestellten Richter und Staatsanwälte und für die beim Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen oder innerhalb der nächstfolgenden 2 Jahre ernannten Gerichtsassessoren. Der durch den Entwurf verursachte Mehraufwand beträgt jährlich: bei den Senatspräsidenten zunächst 9000 Mark (dauernd d. i. nach Wegfall der Mehrbeträge 8400 Mark), bei den Oberstaatsanwälten 1800 Mark (1800 Mark), bei den Landgerichtspräsidenten 7200 Mark (6000 Mark), bei den Oberlandesgerichtsräthen 40 600 Mark (22 900 Mark), bei den Landgerichtsdirektoren 53 700 Mark (50 300 Mark), bei den ersten Staatsanwälten 6800 Mark (2800 Mark), bei den Landes- und Amtsrichtern 465 700 Mark (169 200 Mark) und bei den Staatsanwälten 25 800 Mark (13 800 Mark), zusammen zunächst 615 600 und dauernd 275 200 Mark. Gegenüber der Gruppierung der Richter in den bisherigen Gehaltsklassen hat die neue Gehaltsordnung naturgemäß für eine Anzahl von Beamten Nachteile, für andere Vortheile im Gefolge. Letztere kommen in erster Reihe den älteren Richtern zu Statten, von welchen z. B. beim Inkrafttreten des Entwurfs 376 Landes- und Amtsgerichtsräthe sofort das ihnen nach dem jetzigen System erst nach Jahren zugängliche Höchstgehalt erlangen würden.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Nachdem der Kaiser am 8. d. dem Prinzen Georg von Sachsen das Giebelband zum Orden pour le mérite verliehen, welchen derselbe am 5. Dezember 1876 erhalten hatte, zählt die Ordensliste jetzt 17 Ritter, welche den Orden mit Giebelband besitzen. Der älteste Ritter des Ordens pour le mérite ist der König Albert von Sachsen, welcher denselben am 21. Juli 1849 und das Giebelband dazu im Jahre 1870 erhielt. Generalfeldmarschall Graf von Manteuffel und General der Infanterie z. D. Baron v. d. Goltz erhielten das Giebelband zu dem 1864 verdienten Orden für den Feldzug von 1866, Fürst Bismarck den Orden mit dem Giebelband zugleich am 1. September 1884. An einen Ausländer ist das Giebelband nur einmal verliehen, und zwar erhielt es im Jahre 1877 für den russisch-türkischen Feldzug der Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat das Oberbergamt in Breslau aus Anlaß des Grubenbrandes auf Kleophasgrube bei Kattowitz beauftragt, nachstehende Bekanntmachung durch Veröffentlichung zur Kenntnis der beteiligten Kreise zu bringen:

„In die tiefe Trauer, welche durch die Größe des am 3. d. M. auf der Kleophasgrube bei Kattowitz vorgekommenen Grubenunglücks in allen Kreisen der Bevölkerung erregt worden ist und in die schmerzliche Theilnahme, die von allen Seiten den Familien der verunglückten braven Bergleute entgegengebracht wird, dringt trotzdem die Nachricht von der todesmüthigen Hülfe, die bei dem Rettungswerk geleistet worden ist.“

Allen Beamten und Mannschaften der so schwer heimgeschlagenen Grube und der benachbarten Kohlenbergwerke, welche sich an den aufstrebenden und mit äußerster Lebensgefahr verknüpften Rettungsarbeiten in so überaus hingebender und anopferungsvoller Thätigkeit betheiligt haben, spreche ich meine ungetheilte Anerkennung und wärmsten Dank aus.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
gez. Frhr. von Wertheim.

Der Geheimkommerzienrath Frenkel, Präsident des deutschen Handelslages, ist, wie die „Post“ hört, in Folge allerschwersten Vertrauens auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen.

Die „Verl. Korr.“ schreibt: In den letzten Tagen gehen durch die Zeitungen Nachrichten, nach welchen der Kaiserinmutter sich aus Anlaß der Beratungen des bürgerlichen Gesetzbuchs gegen die obligatorische Zivilehe ausge-

sprochen haben soll. Diese Nachrichten sind erfinden.

— In dem Prozeß Auer und Genossen wegen Verletzung des Vereinsgesetzes ist den Angeklagten jetzt die Anklagebeschriftung zugeflickt worden. Der „Vorwärts“ berichtet: Diese umfaßt 58 eingetragene Seiten. Die Anklage richtet sich gegen 47 Genossen und Genossinnen. Da die Angeklagten kein Interesse daran haben, durch Beantwärtung einer Voruntersuchung die Entscheidung hinauszuziehen, so dürfte der Termin für die Verhandlung in kürzester Zeit angesetzt werden. Es handelt sich in diesem Prozeß um die polizeiliche Schließung der sozialdemokratischen Partei-Organisation.

— Ein Ergänzungstrupp für die Schütztruppe in Deutsch-Ostafrika ging dieser Tage unter Führung des Premierlieutenants Broß (2. badiisches Feldartillerie-Regiment Nr. 30) vom Anhalter Bahnhof nach Neapel ab, um von dort am 11. d. M. auf dem Reichspostdampfer „Vindeserath“ die Reise nach Dar-es-Salaam anzutreten. Wie die „Deutsche Afrika-Post“ meldet, ernannte der zum kommissarischen Bezirksrichter ernannte Regierungsassessor Frhr. v. Neben-Franzburg und der Finanz-Direktor, Landrath a. D. v. Bennigsen denselben Dampfer zur Reise nach Ostafrika.

— Nachdem nunmehr das kaiserliche Statistische Amt die Tabellen für die Bearbeitung der land- und forstwirtschaftlichen sowie der gewerblichen Betriebsstatistik aufgestellt hat, wird auch die Bearbeitung der Berufs- und Gewerbestatistik vom 14. Juni 1895 nach diesen beiden Richtungen in Angriff genommen werden können. Allerdings ist der Umfang dieser Arbeiten ein so großer, daß man zufrieden sein wird, wenn die Ergebnisse im nächsten Jahre vollständig vorliegen werden. Namentlich die Bearbeitung der gewerblichen Betriebsstatistik wird wegen der Mannigfaltigkeit der dabei zu berücksichtigenden Momente längere Zeit erfordern. Sind doch für sie schon doppelt soviel Tabellen nötig geworden wie für die land- und forstwirtschaftliche Statistik. Was nun die Tabellen für die gewerbliche Statistik im Vergleich zu denen für die Statistik des Jahres 1882 betrifft, so ist nützlich, wieviel als möglich die Uebereinstimmung mit den letzten gewahrt, um die Ziehung von Parallelen zu ermöglichen. Aus der Erweiterung, welche die Zählung von 1895 erfahren hatte, ergeben sich natürlich neue Tabellen, wie die über die Hausindustrie. Aber auch über andere Fragen wird diesmal aus der veranlassenen Erhebung Aufschluß gebracht werden, so über die Betriebsperiode in den einzelnen Gewerben. Man wird aus dieser Tabelle nicht nur den Prozentatz der nur einen Teil des Jahres in vollem Betriebe stehenden Unternehmungen, sondern auch die Dauer der Betriebsfähigkeit und die Vertheilung der letzteren auf die einzelnen Monate des Jahres erfahren. Dadurch wird es beispielsweise ermöglicht werden, die Unfallgefahren der einzelnen Gewerbe mit einander zu vergleichen. Gegenwärtig ist dies nicht möglich, weil über verschiedene, nicht das ganze Jahr hindurch betriebene Berufsgruppen, wie Ziegelei, Zunderfabrikation, Brauereibrennerei, Viehwirtschaft, Baugewerke u. s. w. keine authentischen Zahlen vorliegen, an deren Hand die Zahl der in diesen Berufsgruppen vorkommenden Unfälle auf ein für die übrigen zureichendes Maß zurückgeführt werden kann. Ueber die Benutzung von Motoren, von Arbeitsmaschinen, Apparaten, Öfen u. s. w. und über Größe und Unternehmungsform der Gewerbebetriebe werden die Tabellen in ähnlicher Weise wie für die Zählung des Jahres 1882 Aufschluß gegeben.

Italien.

Rom, 11. März. Der Minister des Aeußeren Herzog von Sermoneta richtete an die Vertreter der Mächte in Rom ein Rundschreiben, in welchem er seinen vollen Vertrauen zu deren freundschaftlicher Unterstützung Ausdruck giebt, und seinen Entschluß kundgibt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und den betreffenden Mächten aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Rom, 11. März. Die „Opinione“ meldet, der Gesetzentwurf, welchen die Regierung für die neuen Ausgaben in Afrika der Deputiertenkammer am 17. d. M. vorlegen wird, wird die Summe und die Art und Weise, dieselben ohne neue Steuern aufzubringen, enthalten. Außerdem werde die Regierung wahrscheinlich beantragen, den Gesetzentwurf der Budgetkommission oder einer besonderen Kommission zur Prüfung zu überweisen. — Der ehemalige Garibaldianer Oberst Jazjari theilt in Verfolg seines Planes, eine Fremdwollen-Region für Afrika zu bilden, der „Fonfula“ in einem Briefe mit, daß er aus allen Theilen Italiens Briefe von Personen erhalten, in welchen diese wünschen, in die Region einzutreten. Jazjari erklärt, er sei sicher, in einem Monat 60 000 Mann einstellen zu können. — Die neuen nach Afrika abgehenden Verstärkungen werden überall von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

Luxemburg.

Luxemburg, 11. März. Großherzog Adolph ist an Erkältung erkrankt. Die Gerüchte über einen bedauerlichen Verlauf der Krankheit sind unbegründet.

England.

London, 11. März. Chamberlain ernannte den Oberst Sir Richard Martin zum General-Commandanten der Polizei von Bechuanaland, Matabeleland und Maschonaland. Sir Martin wird zugleich als Kommissar unter dem Oberkommissar von Südafrika abgeordnet und allein der englischen Regierung verantwortlich sein. Sir Martin wird am 4. April abreisen.

Rußland.

Petersburg, 11. März. Nach der „Pol. Korr.“ verläutet, der Zar habe alle Anträge des Generalgouverneurs Schadowa über die in den Reichsprovinzen einzuführenden Reformen genehmigt. Ebenso erhielten die Anträge des Statistisches-Bureau wegen Aenderung der ständigen Verwaltung die Zustimmung des Zaren.

Vom Hochwasser.

Köln, 11. März, Abends 7 Uhr. Das Hochwasser des Rheines steigt weiter und wach-

stündlich um 5 Zmtr. Der Pegelstand hier selbst ist gegenwärtig 6,80 Mtr. Vom Oberrhein und von der Mosel wird weiteres Steigen gemeldet. Hier herrscht Regenwetter.

Trier, 11. März. Die Mosel, welche heute mit 5,50 Meter ihren höchsten Wasserstand seit 1882 erreicht hatte, fällt langsam. Der Schaden, den das Wasser auf den überflutheten Strecken angerichtet hat, ist beträchtlich.

Speyer, 11. März. Der Rhein hat bereits eine Höhe von 7,50 Meter erreicht und steigt noch immer. Das Bürgermeisteramt ersuchte die Einwohner der unteren Stadt, ihre bewegliche Habe zu sichern.

Karlsruhe, 11. März. In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses wurden die von dem Stadtrathe beantragten 10 000 Mark für die durch Hochwasser Beschädigten einstimmig genehmigt.

Mannheim, 11. März. Der Bürgerausschuss bewilligte für die durch Hochwasser Beschädigten 10 000 Mark.

Freiburg, 11. März. Die „Freie Jtg.“ bringt noch folgende Einzelheiten über die Schredensnacht: Am Sonntag schwoll die Dreisam mit reißender Schnelligkeit an. Schon um 9 Uhr Abends wurde die eiserne Fabrikstraßenbrücke fortgerissen; mächtige Baumstämme, vom Gehweg heruntergeweht, trafen mit voller Wucht die Schwabenbrücke, jedoch der nördliche Pfeiler samt dem Brückenbogen und der Ufermauer zusammenstürzte. Darauf riß die Hochfluth dort ein so großes Loch in die Straße, daß man, um die nächsten Häuser zu schützen, die Dämme in den Dreisamanlagen abschlug und damit die eingestürzte Stelle ausfüllte. Zwei Kompanien Militär, vom Erbgroßherzog befehligt, besetzten die gefährdeten Stellen und arbeiteten, mit der Feinereie zusammen, mit äußerster Energie an der Verstärkung der Dämme und Käumung der bedrohten Häuser der Markthausstraße und des überflutheten Granatgäßchens. Der Erbgroßherzog war in nächster Nähe der gefährlichsten Stelle. Bis zum letzten Augenblick hatten die Mannschaften und die Feinereie auf der Schwabenbrücke ausgehalten. Die letzten zwei Soldaten, welche die einsinkende Brücke verließen, berichteten, daß sie mehrere Personen in den Fluthen verschwunden sahen. An den Rettungsarbeiten halfen Privatpersonen, mehrfach unter Lebensgefahr, die ganze Nacht eifrig mit. Einige Zuschauer kamen, trotz strenger Warnung, den aufgerissenen Gasröhren mit brennender Zigarre zu nahe, wodurch eine Gasexplosion entstand. — Die Jüge Freiburg-Breisach wurden eingestellt, weil die Brücke bei Augstetten gefährdet ist. Nach Augstetten und Zarten landete der Erbgroßherzog eine Kompanie. Die Dreisambrücke bei Beienhausen ist zerstört, um Staunungen vorzubeugen.

Strasbourg i. E., 11. März. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses beantragte der Unterstaatssekretär von Schraut im Auftrage des Statthalters einen außerordentlichen Kredit von 100 000 Mark angelehnt der in den letzten Tagen durch Hochwasser entstandenen Schäden. Unter dem Beifall des Hauses befürwortete der Abgeordnete Köchlin den Antrag, der alsdann einstimmig angenommen wurde.

Salzburg, 11. März. Aus mehreren Ortschaften wird Hochwasser gemeldet, welches jedoch theilweise bereits sinkt. Der Schaden ist groß. Der Eisenbahn- und Straßenverkehr ist theilweise unterbrochen.

Vien, 11. März. In Folge des Ausstretens des Bergflusses Enne aus seinen Ufern wurde ein Theil des Derner Dorfes Witterkinden überfluthet. Die Einwohner wurden vom Militär mit Schiffen aus den Häusern geholt. Viele Lawastitze wurden gemeldet. Bei Engelberg wurden von einer Lawine zwei Kinder getödtet.

Brüssel, 11. März. Die Ueberfluthung nimmt einen bedrohlichen Umfang an. In den Provinzen Lüttich, Hennegau und Antwerpen stehen zahlreiche Ortschaften unter Wasser. Mehrere große Fabriken sind überfluthet. Auf den Eisenwerken zu Vlyus wurden in Folge des Einsturzes des Wasserwerks 12 Arbeiter getödtet und 30 verwundet.

Auch in Frankreich haben die ausgiebigen Regenfälle der letzten Tage vielfach Ueberfluthungen herbeigeführt, wie sie seit Jahren nicht dagewesen sind. In Lyon erreichte die Rhone Montag Abend 6 Uhr ihren höchsten Wasserstand seit dem Jahre 1882. Alle in der Nähe des Flusses gelegenen Straßen wurden überfluthet und der niedrige Stadtheil am Hafen liegt zwei Meter unter Wasser. Sämtliche Insein der Rhone und die ganze weite Ebene auf und abwärts von Lyon sind überfluthet. Der Verkehr ist in der ganzen Umgegend der Stadt unterbrochen und die Einwohner rufen die Dörfer müssen auf Booten ihre Einkäufe machen. Der An, ein Nebenfluß der Rhone, erreichte Sonntag den höchsten Wasserstand im ganzen Jahrhundert. Die große Straße von Lyon nach Genf steht bei Villen auf 5 km. unter Wasser. Auch die Meurthe und die Mosel sind ausgetreten. Aus Dolle wird gemeldet, daß auf der Eisenbahnlinie von Dolle nach Chagny, zwischen den Bahnhöfen von Chagny und Lavang, die Eisenbahnüberführung durch Ueberfluthung vollständig unterbrochen ist. In Ost-Frankreich hat der Regen aufgehört und schönem Wetter mit leichtem Sinken der Temperatur Platz gemacht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. März. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Kredit-Vereins zu Stettin, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, fand gestern Abend im Börsensaal statt. Von Herrn Direktor Schönlke eröffnet und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrathes, Herrn Kaufmann Rudolf Lehmann, geleitet, trug zunächst der Ersterer den Geschäftsbericht über das verfloßene Jahr, das 35. seit Gründung des Vereins, vor und erläuterte in gewohnter Weise die einzelnen Konten. — Die Mitglieder erhalten 6 Prozent Dividende. — Die Mitglieder des Vereins können mit 8851 Mark bedacht werden. Aus dem gedruckten Geschäftsbericht haben wir hervor: Die Anzahl der Mitglieder war am 1. Januar 1895: 741, aufgenommen wurden 66, dagegen sind ausgeschieden: freiwillig 33, gestorben 22 und ausgeschlossen 9, zusammen 64, Bestand 743. Die Stammbetheil-

ber Mitglieder betragen 363 445 Mark, eingezahlt und an Dividenden gutgeschrieben wurde 35 653 Mark, von den Ausgeschiedenen zurückgenommen 16 635 Mark, Bestand 382 463 Mark. Der Referendend erhöht sich von 63 789 Mark, durch Zuführung von 378 Mark Eintrittsgeldern und 3807 Mark aus dem Gewinn 1895, auf 67 974 Mark. Der Extra-Referendend war 72 662 Mark groß, dazu aus dem Gewinn 1895 5044 Mark, sowie 7475 Mark Restante aus der Kontostamme der Mitglieder, Privatbank in Bommern, abzüglich 4537 Mark Kursverlust an Effekten in 1895, bleibt Bestand 80 644 Mark. Die beiden Referendend betragen also zusammen 148 618 Mark. An Depositen wurden eingezahlt: auf Darlehens-Konto 28 576 Mark, Spareinlagen-Konto 443 582 Mark und Konto-Korrent-Konto 5 044 527 Mark, zusammen 5 516 685 Mark, und auf diesen Konten abgehoben: 46 696 Mark, 285 659 Mark, und 5 007 873 Mark, zusammen 5 340 228 Mark. — Die Genossenschaft schuldete für Darlehne auf drei- und sechsmonatliche Kündigungen 326 925 Mark, an Spareinlagen 1 223 386 Mark und an Konto-Korrent-Geldern 913 209 Mark, zusammen 2 463 520 Mark. Das eigene Vermögen beträgt dagegen an Stammbetheilungen der Mitglieder 382 463 Mark, Referendend 67 974 Mark, Extra-Referendend 80 644 Mark, zusammen 531 081 Mark. Die Darfstamme sämtlicher Mitglieder beträgt 990 000 Mark. Der Gesamtanfang der Kasse in Einnahme und Ausgabe belief sich auf 34 794 829 Mark. Auf Wechsel sind 5 746 151 Mark, auf Lombard 172 260 Mark und auf Konto-Korrent-Konto 5 Mark mit Kreditgewährung 775 804 Mark, zusammen 6 694 215 Mark ausgegeben und blieb ein Bestand an Wechseln von 1 307 053 Mark, an Lombardforderungen von 40 485 Mark und an Forderungen auf Konto-Korrent-Konto C mit Kreditgewährung 357 152 Mark. Die Genossenschaft besitzt als Kassenreserve 738 142 Mark Effekten, in Reichsanleihe, Preuß. Konjols, Romm. Pfandbriefen und Genossenschafts-Bankaktien. Der Ueberchuss auf Zinsen-Konto ergab 57 794 Mark, auf Provisions-Konto 6713 Mark und auf Zinsskonto 41 Mark, zusammen Brutto-Gewinn 64 548 Mark. Von diesem Betrage gehen ab: Geschäftskosten 9401 Mark, Beitrag für die Uebersicht und den Unterband 300 Mark, Gehälter der Vorstandsmittelglieder 15 500 Mark, Abschreibung für Verluste 1000 Mark, Beitrag für die Gültstasse Deutscher Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften 150 Mark, Abschreibung auf Utenilien 124 Mark, zusammen 26 475 Mark. Es verbleibt ein Netto-Gewinn von 38 073 Mark, welcher wie folgt vertheilt worden ist: Zunächst 10 Prozent davon zum Referendend mit 3807 Mark, dann 6 Prozent Dividende an die Mitglieder mit 20 822 Mark, Zuwendungen an das Bureau-Verband 400 Mark, Tantieme an die Vorstandsmittelglieder 6500 Mark, Vergütung an den Aufsichtsrath 1500 Mark und der Restgewinn zur Verstärkung des Extra-Referendens 5044 Mark. — Gegen den Geschäftsbericht wurden von keiner Seite Einwendungen gemacht und die Entlastung für Vorstand und Aufsichtsrath einstimmig ertheilt. Die Versammlung nahm hierauf von dem Revisionsbericht über die am 23. und 24. September 1895 stattgefundene geprüfte Revision Kenntnis. Die Grenzen, welche bei Kreditgewährungen an Genossen gegen Unterlage innegehalten werden sollen, wurden auf 200 000 Mark, und der Gesamtbeitrag, welchen Anleihen der Genossenschaft und Spareinlagen nicht überschreiten sollen, wurde auf 3 000 000 Mark festgesetzt. — In der darauf folgenden Wahl des Direktors wurde Herr Karl Schönlke auf sechs Jahre, und die ausstehenden fünf Aufsichtsrathsmittelglieder, die Herren Maurermeister K. Günther, Hof-Photograph A. Hochstetter, Kaufmann P. Klitzkenberg, Kaufmann Rud. Lehmann und Maurermeister Albert Müller wieder gewählt.

— Dem Beispiel der Stralsunder Kaufmannschaft folgend, hat auch der Verein der Kaufmannschaft zu Stargard an den Herrn Oberpräsident eine Petition gegen die äußere Heilhaltung der Sonn- und Festtage gerichtet.

— In Berlin fand gestern eine Versammlung hervorragender Vertreter des Handels und der Industrie statt. Es sollte in derselben darüber beraten werden, in welcher Weise Handel und Industrie den Ausdehnungen des Agrarismus durch eine dauernde Organisation wirtungsvoll entgegen treten können. Den Vorsitz führte Geheim Kommerzienrath Dr. Nach Ansprachen der Herren Michael, Direktor der Darmstädter Bank, Stadtrath Weigert, Th. Biermann-Bremen, Dr. Ludwig Bamberg und Generaldirektor A. Köfide wurde folgender Beschluß gefaßt: 1. Bildung eines Komitees von 15 Mitgliedern mit dem Rechte der Kooption; 2. dieses Komitee wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von 3, höchstens 6 Mitgliedern; 3. der Name des Vereins soll lauten „Schutzverband gegen agrarische Uebergriffe“; 4. dem Komitee und dem geschäftsführenden Ausschuss sind alle weiteren Vorgesellschaften zu übermitteln, als da sind Abfassung von Statuten, Erlass eines Kurpfandes, Selbstmüllungen. Es wurde darauf das Komitee, welches die weiteren Vorbereitungen in die Hand nehmen soll, gewählt; man beschloß jedoch, daß dasselbe nicht aus 15, sondern 17 Mitgliedern bestehen solle. In das Komitee wurden gewählt: Geheim Kommerzienrath Herz, Direktor Raempff, Dr. Ludwig Bamberg, Eisenbahndirektor Karl Schröder, Generalkonsul Eugen Bonau, Generaldirektor Köfide, Stadtrath Dr. Weigert, Büsing-Schwerin, Generalkonsul Biermann-Bremen, Kommerzienrath Kühnemann-Stettin, Bankdirektor Thorwald-Frankfurt a. M., Fabrikant Funtz-Frankfurt a. M., Geheim Kommerzienrath Danne-Danzig, Geheim Kommerzienrath Siegle-Stuttgart, Admiralitätsrath Niggau-Königsberg, von Pfister-München, Geheim Kommerzienrath Michel-Münch.

— Dem Vorstand des hiesigen israelitischen Frauen-Vereins ist die Genehmigung ertheilt, eine Verlosung der von den Damen und Freunden des Vereins gespendeten Gegenstände, zur Förderung der Zwecke des Vereins, am 15. April d. J. zu veranstalten. Es können 12000 Loose zum Preise von je 50 Pfg. verausgabt werden, deren Vertrieb auf den Bereich der Stadt Stettin und des Kreises Randow beschränkt bleibt.

er | sammenstöße, in denen die Spanier Sieger bl
er | ben. Die Insurgenten wurden von den Reg